

Unterschriftenliste zur Volksinitiative für 100.000 neue, soziale und bezahlbare Wohnungen in Berlin

Trägerin: Neue Wege für Berlin e.V, Berliner Freiheit 2, 10785 Berlin.

► Beschluss zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfs für ein 100.000-Wohnungen-Programm

Das Abgeordnetenhaus von Berlin soll über folgenden Antrag beraten und beschließen:

- Der Neubau von mindestens 12.500 sozialen und bezahlbaren Wohnungen pro Jahr in Berlin ist zu fördern. In acht Jahren sollen so zusätzlich 100.000 Wohnungen zu Mieten von 6 bis 10 Euro Kaltmiete je qm entstehen. Enteignungen sind ein Irrweg. Sie erfordern hohe Entschädigungszahlungen und schaffen keinen Quadratmeter neuen Wohnraum. Auch der Mietendeckel hat keinen Neubau von Wohnungen zur Folge.
- Der Senat wird verpflichtet, eigene Grundstücke schnell, unbürokratisch und preiswert für den Wohnungsbau bereitzustellen. Andere Städte, wie z. B. Hamburg, praktizieren das bereits seit Jahrzehnten erfolgreich. Dies bremst die Preisentwicklung beim Bauland und sichert bezahlbares Wohnen in allen Teilen der Stadt.
- Freie Flächen im Landesbesitz sind für neue, ökologische Wohnquartiere zu nutzen. Dafür kommen insbesondere der Randbereich des Tempelhofer Feldes, die Elisabeth-Aue in Buchholz, die sogenannte Bürgerstadt Buch sowie die zahlreichen kleineren Flächen im Eigentum Berlins und der Berlin-eigenen Betriebe infrage.
- Der Senat übernimmt die fachliche Zuständigkeit und die politische Verantwortung für Aufstellung und Umsetzung dieses 100.000-Wohnungen-Programmes. Der Senat wird aufgefordert, bürokratische Hürden abzubauen. Wir fordern die sofortige Einrichtung einer Ombudsstelle, die auf Antrag von Bürgerinnen und Bürgern das Recht hat, Verzögerungen und Behinderungen bei Wohnungsbauprojekten zu untersuchen und darüber öffentlich zu berichten.

Unterstützungsunterschrift: Ich unterstütze die Volksinitiative. Bitte vollständig und in Druckschrift ausfüllen!

#FaireMietenBauen

Wichtiger Hinweis: Unterschriftsberechtigt sind nur Personen, die am Tage der Unterschrift mindestens 16 Jahre alt sind und an diesem Tag in Berlin mit alleiniger Wohnung oder mit Hauptwohnung im Melderegister verzeichnet sind. Fehlende, unvollständige, fehlerhafte, unleserliche oder nicht handschriftliche Angaben können die Unterschrift ungültig machen.

Ungültig sind auch Eintragungen, die Zusätze oder Vorbehalte enthalten, nicht fristgerecht erfolgen oder eingereicht werden oder mit Telefax oder elektronisch übermittelt werden. Diese Unterschriftenliste und die Eintragungen dürfen nur zur Prüfung der Unterschriftsberechtigung durch das Bezirksamt verwendet werden.

Nr.	Familienname, Vorname(n)	Geburtsdatum	Anschrift <small>(im Melderegister verzeichnete alleinige Wohnung oder Hauptwohnung in Berlin am Tage der Unterschrift)</small>	Datum	Unterschrift	gültig*	ungültig*
1							
2							
3							
4							
5							
6							

* Nicht vom Unterzeichner oder von der Unterzeichnerin auszufüllen!

Amtliche Bescheinigung: Bezirksamt von Berlin – Bezirkswahlamt –

Der Unterzeichner/die Unterzeichnerin Nr. ist nicht unterschriftsberechtigt, weil (Begründung in Kurzform).

Dienstsiegel

Im Auftrag

Beschluss zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfs durch den Senat für den Neubau von 100.000 sozialen und bezahlbaren Wohnungen.

JETZT unterschreiben.

Für 100.000 neue, soziale und bezahlbare Wohnungen!

Enteignung schafft keinen neuen Wohnraum, deshalb neue Wohnlösungen für Berlin.

Die zunehmenden Probleme auf dem Berliner Wohnungsmarkt werden für immer mehr Berlinerinnen und Berliner offensichtlich. Die Mieten steigen, die Stadt wächst rasant, der Wohnraum wächst aber nicht im gleichen Maße mit; ein Wohnungswechsel in Berlin wird deshalb immer schwieriger. Die diesbezügliche öffentliche Diskussion und Problematisierung ist wichtig und richtig. Der Berliner Senat muss dringend handeln. Jedoch verläuft die aktuelle Wohnungsmarktdebatte momentan höchst zugespitzt und polarisierend. Aktuell werden auch die Enteignung großer Wohnungsgesellschaften und ein Mietendeckel diskutiert. Weder enteignen noch Mieten deckeln, lösen aber das Problem des insgesamt fehlenden Wohnraums. Es bedarf daher einer sachorientierten Debatte entlang konkreter Lösungsansätze.

Nur ein größeres Angebot an gefördertem Wohnraum stabilisiert und reduziert die Preise.

Immer mehr Berlinerinnen und Berliner finden keine Wohnung mehr, das Wohnungsangebot ist nicht ausreichend. Um stabilere und günstigere Preise gewährleisten zu können, muss das Angebot an Wohnraum dem Bedarf angepasst werden. Hier besteht ein erhebliches Missverhältnis, dass durch Enteignungen nicht zu beheben ist. Schon heute fehlen mindestens 100.000 Wohnungen, bis 2030 wird es bei gleichbleibendem Wachstum sogar 250.000 Wohnungen zu wenig geben. Weil Angebot und Nachfrage massiv auseinandergehen, steigen die Mieten weiter, der Verdrängungswettbewerb spitzt sich zu. Der Berliner Senat muss demnach dafür Sorge tragen, dass das Wohnungsangebot durch gezielte Förderung deutlich vergrößert wird. Der Senat hat im August 2019 einen Wohnungsbauplan für Berlin vorgelegt („StEP Wohnen 2030“), dieser sieht einen Rückgang des Wohnungsbaus vor. Darum wollen wir dieses 100.000-Wohnungen-Programm zusätzlich zu diesen Aktivitäten.

Steuergelder für neue und bezahlbare, nicht für alte und überteuerte Wohnungen.

Die Kosten für Enteignungen lägen bei ca. 30 Mrd. Euro. Steuerfinanzierte Enteignungen lösen jedoch nicht das Problem des mangelnden Angebots, sie sind auch nicht nachhaltig und zugunsten einer Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern eingesetzt. Um der steigenden Nachfrage an Wohnraum gerecht zu werden, bedarf es einer Kombination aus geförderten und frei finanzierten Neubauten. Das heißt konkret, dass jährlich mindestens 12.500 bezahlbare Wohnungen und 7.500 frei finanzierte Wohnungen entstehen müssen. Mit dem jährlichen Neubau von mindestens 20.000 Wohnungen, kann man bis 2028 dafür sorgen, dass sich Angebot und Nachfrage wieder annähern.

Wohnungsbau ermöglicht ausreichend bezahlbaren Wohnraum für alle Berlinerinnen und Berliner.

Der Berliner Senat hat die Möglichkeit, gemeinsam mit den Wohnungsunternehmen in den kommenden fünf Jahren ausreichend Wohnraum zu schaffen und damit allen Teilen der Gesellschaft den Zugang zu Berlin als Wohnort zu sichern. Dazu braucht es ein breites Bündnis aus städtischen Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und privater Immobilienwirtschaft. Alle müssen an einem Strang ziehen. Sachorientierte Politik für die Mitte der Berliner Gesellschaft verlangt Investitionen in den Neubau von Wohnungen.

Bezahlbarer neuer Wohnraum folgt klaren politischen Forderungen:

- Der Neubau von mindestens 12.500 sozialen und bezahlbaren Wohnungen pro Jahr in Berlin ist zu fördern. In acht Jahren sollen so zusätzlich 100.000 Wohnungen zu Mieten von 6 bis 10 Euro Kaltmiete je qm entstehen. Enteignungen sind ein Irrweg. Sie erfordern hohe Entschädigungszahlungen und schaffen keinen Quadratmeter neuen Wohnraum. Auch der Mietendeckel hat keinen Neubau von Wohnungen zur Folge.
- Der Senat wird verpflichtet, eigene Grundstücke schnell, unbürokratisch und preiswert für den Wohnungsbau bereitzustellen. Andere Städte, wie z. B. Hamburg, praktizieren das bereits seit Jahrzehnten erfolgreich. Dies bremst die Preisentwicklung beim Bauland und sichert bezahlbares Wohnen in allen Teilen der Stadt.
- Freie Flächen im Landesbesitz sind für neue, ökologische Wohnquartiere zu nutzen. Dafür kommen insbesondere der Randbereich des Tempelhofer Feldes, die Elisabeth-Aue in Buchholz, die sogenannte Bürgerstadt Buch sowie die zahlreichen kleineren Flächen im Eigentum Berlins und der Berlin-eigenen Betriebe infrage.
- Der Senat übernimmt die fachliche Zuständigkeit und die politische Verantwortung für Aufstellung und Umsetzung dieses 100.000-Wohnungen-Programmes. Der Senat wird aufgefordert, bürokratische Hürden abzubauen. Wir fordern die sofortige Einrichtung einer Ombudsstelle, die auf Antrag von Bürgerinnen und Bürgern das Recht hat, Verzögerungen und Behinderungen bei Wohnungsbauprojekten zu untersuchen und darüber öffentlich zu berichten.

Alle ausgefüllten Unterschriftenlisten müssen an folgende Adresse versendet werden:

Neue Wege für Berlin e.V., Geschäftsstelle, Berliner Freiheit 2, 10785 Berlin

Spendenkonto:

IBAN: DE70100500000190849010

BIC: BELADEVXXX

Kontakt

E-Mail: info@neue-wege-fuer-berlin.de

Web: www.neue-wege-fuer-berlin.de